

LANDKREIS EBERSBERG

Niederschrift
über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
des Landkreises Ebersberg
in der Wahlperiode 2008 - 2014
am 27.04.2010, 15.00 Uhr
im Sitzungssaal des Landratsamtes

Vorsitzender: Walter Brilmayer
Schriftführer: Daniel Weil

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 16.25 Uhr

Anwesend:*Stimmberechtigte Mitglieder:*

Herr Walter Brilmayer
Herr Andreas Lenz ab 16.00 Uhr
Herr Werner Lampl
Herr Piet Mayr
Frau Christine Gerneth
Herr Georg Reitsberger
Herr Martin Esterl ab 15.50 Uhr
Herr Erwin Mehl
Frau Ulrike Bittner
Frau Felicitas Thiele
Frau Ulrike Stehle ab 15.36 Uhr
Frau Manuela Schneider

Beratende Mitglieder:

Herr Michael Huber
Frau Anja Pondorf
Frau Margaret Careddu-Bayr
Frau Birgit Aigner
Frau Regina Brückner
Frau Christiane Schmitt
Herr Hendrik Polte
Frau Monika Lix
Herr Hartmut Thumser bis 16.09 Uhr

Abwesend:

Herr Landrat Gottlieb Fauth
Herr Florian Brilmayer
Herr Michael Nerreter
Frau Marita Grimm
Herr Ernst Weinzierl
Herr Daniel Grasser
Herr Otto Kick
Herr Peter Wollboldt
Herr Michael Holzner

anwesend dessen Stellvertreter, Herr Walter Brilmayer;
anwesend dessen Stellvertreter, Herr Andreas Lenz;
und dessen Stellvertreter, Herr René Steinbeisser;
anwesend deren Stellvertreterin, Frau Ulrike Bittner;
und dessen Stellvertreterin Sr. Christophora Eckl;
und dessen Stellvertreter, Herr Winfrid Rohrbach;
und dessen Stellvertreter, Herr Dieter Kaltbeitzer;
anwesend dessen Stellvertreterin, Frau Monika Lix;
und dessen Stellvertreter, Herr Joseph Riedel;

Walter Brilmayer
Vorsitzender

Daniel Weil
Schriftführer

Inhalt

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit	3
TOP 2	BürgerInnen fragen	3
TOP 3	Nachbesetzung	3
TOP 4	Zentrales Controlling; Bericht über das vorläufige Jahresergebnis 2009	3
TOP 5	Abschlussberichte	4
TOP 6	Vorstellung der KoKi-Fachkraft	6
TOP 7	Schreibbabyambulanz	6
TOP 8	Erziehungsbeistandschaften	6
TOP 9	Familienpatenschaften	8
TOP 10	Vollzeitpflege - neue Empfehlungen	9
TOP 11	Orgauntersuchung im Kreisjugendamt	10
TOP 12	PeB - Personalbemessung in Bayern	10
TOP 13.1	Informationen und Bekanntgaben; Abkürzungsliste	11
TOP 13.2	Informationen und Bekanntgaben; Anpassung Förderrichtlinien Jugendsozialarbeit an Schulen	11
TOP 13.3	Informationen und Bekanntgaben; Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	11
TOP 13.4	Informationen und Bekanntgaben; Ferienprogramm 2010 aufgelegt	11
TOP 13.5	Informationen und Bekanntgaben; Termin für nächste Jugendhilfeausschusssitzung	11
TOP 13.6	Informationen und Bekanntgaben; Regionale Beratungsstelle für Rechtsextremismus	12
TOP 14	Anfragen	12

Die Sitzung ist öffentlich

Herr Brilmayer stellte die ordnungsgemäße Ladung fest.

Von der Verwaltung nahmen an der Sitzung Frau Hohenadel (Koordinierende Kinderschutzstelle), Frau Keller (Leiterin der Stabsstelle „SFC“), Frau Klostermann (Controlling Sachgebiete 23 und 24, Jugendhilfeplanung), Herr Neugebauer (Leiter Büro Landrat) sowie Herr Stephan (Abteilungsleiter 1) teil.

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Brilmayer stellte die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

TOP 2 BürgerInnen fragen

Kein Anfall.

TOP 3 Nachbesetzung

Herr Brilmayer führte aus: Nachdem Frau Aigner im Jugendhilfeausschuss vom 14.10.2009 den beratenden Sitz der Arbeitsagentur im Jugendhilfeausschuss übernommen hat, wurde ihr bislang stellvertretender Sitz frei; für diesen wurde nun Frau Isis Maharib von der Arbeitsagentur benannt.

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Frau Isis Maharib wird für den stellvertretenden beratenden Sitz von Frau Birgit Aigner für die Arbeitsagentur im Jugendhilfeausschuss im Landkreis Ebersberg bestellt.

TOP 4 Zentrales Controlling; Bericht über das vorläufige Jahresergebnis 2009

Herr Brilmayer teilte mit: Das ist ein Bericht, der in allen Ausschüssen turnusgemäß um diese Jahreszeit gegeben wird. Mit den Haushaltsberatungen geht es dann erst vor der Sommerpause los, wenn die Eckwerte festgelegt werden.

Frau Keller berichtete: Vorläufiger Jahresabschluss der Jugendhilfe. Vorläufig deshalb, weil der Endgültige erst mit der offiziellen Jahresrechnung des Landkreises erfolgt. Die Sitzungsvorlage liegt den Jugendhilfeausschussmitgliedern vor. Insgesamt schließt die Jugendhilfe ab mit 43.354 € über der Planung. Man kann hier durchaus von einer Punktlandung sprechen. Wenn Sie sich die Abweichungen getrennt nach den beiden Sachgebieten anschauen, sehen Sie, dass im Bereich des großen Etats der Pädagogischen und Wirtschaftlichen Jugendhilfe im Sachgebiet 23 eine Überschreitung um 81.000 € festzustellen ist, und im zweiten Jugendamt „Gerichtshilfen, Jugendarbeit und Amtsvormundschaft“ entsprechende Unterschreitungen von 37.000 € zu verzeichnen sind. Der Kreistag hatte die ursprüngliche Pla-

nung des Jugendhilfeausschusses um 800.000 € gekürzt, und diese gekürzten Mittel haben auch knapp ausgereicht.

Nachfolgend stellte Frau Keller Einzelheiten des Berichts detailliert vor.

Frau Keller fuhr fort: „Die Planung 2010 geht von weiter steigenden Jugendhilfeaufwendungen in Höhe von gut 200.000 € aus. Im zentralen Controlling schauen wir uns die teuersten Produkte an. Hier kann ich sehr positiv zurückmelden, dass wir im Bereich der teuersten Hilfearten eine Entlastung von fast 340.000 € hatten. Diese sehr teuren Hilfen sind 2009 schon dahin gesteuert worden, dass man versucht, die Hilfearten etwas zu verschieben in kostengünstigere Hilfen. Bei den Personalkosten ist es natürlich so, dass sie genau so steigen wie die Transferaufwendungen. Das liegt daran, dass sich die Aufgaben und Fallzahlen mehren und wir Tarifierhöhungen haben. Insgesamt ist das auch logisch. Letztenendes muss man auch auf der Seite des zentralen Controllings ernüchert feststellen, dass die gesellschaftliche Entwicklung wenig zulässt, hier sehr viel zu bewegen. Das liegt einfach daran, dass die Fallzahlen steigen; und wenn diese steigen, steigen auch die Kosten. Es müsste sich in der Gesellschaft was bewegen, dass die Fallzahlen nicht mehr so stark ansteigen. Erst dann kann es letztendlich gelingen, Kosten zu reduzieren. Im Moment geht es darum, die Kosten stabil zu halten. Das wird schwer genug werden.“

Es wurde angefragt, was im Zusammenhang mit den Einsparungen bei jungen Volljährigen Steuerung bedeutet. Herr Michael Huber erklärte, dass hier Steuerung bedeutet, die Betroffenen den richtigen Hilfen zuzuführen, die uns u. U. nichts kosten. Das sind häufig Geschichten, die zur ABS kommen. Hier erhält die ABS teilweise Stellungnahmen des Jugendamtes, dass die Wohnverhältnisse zu Hause nicht mehr tragbar sind. Hier wird dann die Wohnung von der ABS übernommen.

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Der Bericht über den vorläufigen Jahresabschluss 2009 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Abschlussberichte

Herr Michael Huber erläuterte: „Im Bereich der zehn teuersten Produkte liegt ein Kostenrückgang von 340.000 € vor. Hier wird die Tendenz, die wir schon seit Jahren verfolgen, deutlich: Weg von den stationären zu den ambulanten Hilfen und zur Vollzeitpflege. Sehr extreme Einsparungen gibt es bei der Heimunterbringung und bei den Hilfen für junge Volljährige. Gleichzeitig wurde im Bericht der ABS vom 01.03.2010 bei den unter 23jährigen eine Fallzahlsteigerung von 89 % ausgewiesen. Das sind ungefähr Größenordnungen von 80 - 90 Fällen. Trotzdem haben wir versucht, immer geeignete, passgenaue Hilfen für die Kinder und Eltern zu installieren und das Budget möglichst einzuhalten. Wir haben auch ein verstärktes Augenmerk auf die Regionalisierung und Sozialraumorientierung gehabt, weil klar ist, dass die Wechselwirkungen zunehmend an Bedeutung gewinnen durch gute Vernetzung vor Ort. Wir haben letztes Jahr begonnen, mit den Jugendpflegern und Jugendsozialarbeitern an den Schulen nähere Zusammenarbeit zu pflegen. Gleichzeitig stellt die zunehmende Zahl der Bedarfsgemeinschaften eine große Belastung dar. Diese steigenden

Zahlen wirken sich auf die Jugendhilfe mit mehr Fällen und Bedarfen aus. Letztes Jahr wurden neue Konzepte begonnen. Bei den Erziehungsbeistandschaften haben wir nicht nur Qualitätsverbesserungen, sondern gleichzeitig Kosteneinsparungen von 50.000 € in Aussicht. Die Familienpatenschaften kommen unterm Strich auch zu einer Kostenentlastung bei - für mich - gleichzeitiger Qualitätssteigerung durch Vorortbegleitung der Familien durch ehrenamtliche Helfer. Wir wollen das nähere Umfeld einbinden. Beim Mentoring-Projekt, das von der Familienbeauftragten initiiert wurde, sind wir inzwischen dabei, bei drei Trägern einen einheitlichen Standard für den ganzen Landkreis zu entwickeln. Das korrespondiert ziemlich stark mit den Familienpatenschaften. Dann haben wir im Bereich der Flexiblen Hilfen begonnen, Rahmenkonzeptionen zu erstellen. Wir haben festgestellt, dass mit verschiedenen Anbietern verschiedene Vereinbarungen vorliegen. Diese wollen wir vereinheitlichen, um nach innen die Abläufe klarzumachen, und eine verlässliche und verbindliche Orientierung für die Träger zu schaffen. Einer der letzten Punkte ist die Feststellung, dass unser AKDB-Fachverfahren nicht in der Lage ist, umfassende und verlässliche Daten für das Controlling zu liefern. Wir arbeiten konsequent daran und versuchen, die EDV auf den Stand zu bringen. Wir erhoffen uns auch durch das Organisationsgutachten, organisatorische Schwachstellen beheben zu können. Ein wichtiger Punkt ist auch, die Zusammenarbeit des dezentralen und zentralen Controllings mit einem Konzept auf einen Stand zu bringen.“

Frau Pondorf trug vor: „Im Sachgebiet 24 wurde vor allem im Bereich Bürobedarf und Telefon eingespart. Der Familienkalender wurde nicht weitergedruckt, weil es da vom Landesjugendamt ein Projekt gibt, in dessen Rahmen die Elternbriefe neu geschrieben werden. Die werden dann an alle bayerischen Jugendämter ausgegeben. Im Produkt „Kreisjugendring“ wurde der Freizeitpass vermehrt ausgegeben. Im Bereich Familienförderung wurde die Elternhomepage „www.elternnavi.de“ ins Leben gerufen, eine Fortführung des Projekts „Mittelmaß genügt“ für Eltern pubertierender Kinder. Es handelt sich hier um eine Kooperation mit der Jugendpflege Kirchseeon und der Polizei. Im Bereich Jugendschutz wurde mit unserer neuen Jugendschutzbeauftragten ein neues Konzept erstellt. Hier besteht ein reger Austausch mit den Gemeinden. Hier passiert viel Vernetzung und Beratung im Vorfeld. Wir haben nicht das Ziel, möglichst viele Bußgeldbescheide zu erstellen, sondern gut mit den Veranstaltern zusammenzuarbeiten. Auch die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt hat sich verstärkt. Im Landkreis gibt es nur noch eine Schule, die keine Jugendsozialarbeit hat. Mehrausgaben erfolgten im Bereich „Begleiteter Umgang“, der von den Kooperationspartnern Caritas, Erziehungsberatungsstelle, Diakonie und Kinderschutzbund durchgeführt wird. Es gibt viele bedürftige Familien, die diesen Begleiteten Umgang in Anspruch nehmen müssen. Hier waren 23.500 € eingeplant, 39.500 € wurden benötigt. Die Eingänge in der Jugendgerichtshilfe reduzierten sich geringfügig um ca. 200 auf 959. Im Team Kommunale Jugendarbeit laufen Kooperationen mit der Familienbeauftragten. Hier wurden z. B. die Familienwoche und die Gewerbeschau in Glonn gemeinsam bestritten.“

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellung der beiden Abschlussberichte der Sachgebiete 23/24 zustimmend zur Kenntnis.

TOP 6 Vorstellung der KoKi-Fachkraft

Frau Hohenadel, die neue KoKi-Fachkraft, führte aus: „Ich freue mich ganz arg, seit vier Wochen hier zu sein. Ich habe einen ganz tollen Start erlebt in einem wunderbaren Jugendamt. Ich freue mich, in diesem Amt arbeiten zu dürfen. Derzeit verschaffe ich mir gerade einen Überblick. Ich selbst bin 39 Jahre alt, habe zwei Kinder und habe beruflich ganz viel in der Netzwerkarbeit und Koordination gemacht. Vor zwei Wochen bin ich von Augsburg nach Bad Aibling gezogen. Ich habe in Neu-Ulm gearbeitet und bin dann nach Pforzheim gegangen und freue mich, jetzt hier zu sein und das aufbauen zu können und selbst miterleben zu dürfen, und freue mich auf eine ganz tolle Zusammenarbeit mit Ihnen.“

Herr Brilmayer wünschte Frau Hohenadel, dass sie sich weiter wohlfühlt, und dass sich der erste Eindruck weiterhin bestätigt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt fasste der Jugendhilfeausschuss keinen Beschluss.

TOP 7 Schreibbabyambulanz

Frau Pondorf teilte mit: „Bei der Caritas-Erziehungsberatungsstelle in Grafing soll gemäß der staatlichen Förderung eine Schreibbabyambulanz eingerichtet werden. In Bayern wird eine flächendeckende Ausweitung angestrebt. Durch die Münchennähe konnten wir bislang entsprechende Eltern zur Beratung an das Kinderzentrum München verweisen oder an das Krankenhaus Wasserburg. Mit dem Angebot in Grafing und Markt Schwaben können wir das Angebot wohnortnah ausweiten. Der staatliche Zuschuss von 3.000 € pro Fachkraft wird ab Oktober 2010 gewährt. Es werden zwei Fachkräfte der Caritas-Erziehungsberatungsstelle (ein Psychologe und eine Diplom-Sozialpädagogin) im Rahmen der Förderung von der Deutschen Akademie für Entwicklungsförderung und Gesundheit des Kindes und Jugendlichen e.V. in München fortgebildet. Spätestens dann, ab Januar 2011, kann die Beratung in Grafing starten. Der Bedarf - 86 geschätzte Fälle - (ergibt sich aus der vom Ministerium angegebenen Zahl von 10 % der Null- bis Zweijährigen) wird anfänglich auf 6 Stunden pro Woche gerechnet und wird dann voraussichtlich auf 8 - 11 Stunden pro Woche ausgedehnt. Eine enge Zusammenarbeit mit der neuen KoKi-Kraft im Jugendamt ist fachlich sinnvoll und erwünscht. In einer der nächsten Sitzungen soll detaillierter über das Thema Schreibabies informiert werden.“

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Einrichtung einer Schreibbabyambulanz im Landkreis Ebersberg zustimmend zur Kenntnis.

TOP 8 Erziehungsbeistandschaften

Herr Michael Huber führte aus: „Wir haben in der Jugendhilfeausschusssitzung am 14.10.09 unter Informationen und Bekanntgaben angekündigt, dass ich an einer Konzeption für budgetierte Erziehungsbeistandschaften arbeite. Fünf freie Träger haben Konzeptionen eingereicht. Die Eckpunkte waren, 40 Kinder mit insgesamt zwei Vollzeitstellen zu betreuen. Mit Sachaufwand sind ca. 145.000 € pro Jahr veranschlagt. Zwei Träger sind übriggeblieben:

Das Diakonische Werk Rosenheim und die Jugendhilfeeinrichtung Schloss Zinneberg, die annähernd ähnliche Konzeptionen eingereicht haben, wobei es sich nicht nur auf fest Angestellte bezieht, sondern auf mehrere Mitarbeiter, die dann diese zwei Stellen ergeben. Wir haben uns mit den beiden Trägern verständigt, eine Kooperationsvereinbarung zu schließen, wobei das Jugendamt für die Zuweisungen zuständig ist, damit das gleichgewichtsmäßig verteilt ist, wobei wichtig ist, dass pro Kind drei bis fünf Wochenstunden zusammenkommen. Bei einer Einzelbetreuung wäre das nicht möglich. Beide Einrichtungen sind in der Lage, durch Gruppenaktivitäten das so zu gestalten, dass diese drei bis fünf Stunden pro Kind herauskommen. Die Planung sieht vor, dass wir gern zum 01.01.2011 einsteigen wollen. Es soll nicht ein neues Projekt installiert werden, und das andere weiterlaufen. Im Moment entstehen in dem Bereich Kosten von ca. 200.000 €, und mit diesem neuen Projekt würden wir auf 145.000 € herunterfahren.“

Es wurde angefragt, was das für die bestehenden SPFH-Erziehungsbeistandschaften bedeutet. Herr Huber erklärte, dass die laufenden Fälle nicht mit Gewalt verändert werden.

Herr Huber fuhr fort: „Diese Kostenreduzierung kommt dadurch zustande, weil es sich bei den derzeitigen Erziehungsbeistandschaften um Einzelbetreuungen handelt. Wenn man den Betreuungsbedarf der 40 Kinder hochrechnen würde, würde man auf 4.500 Jahresstunden kommen, was den Arbeitsstunden von drei Fachkräften entspricht. Wir gehen auf zwei Fachkräfte runter. Das ist nur möglich, wenn man die Einrichtungen und Gruppenaktivitäten nutzen kann. Damit bekommt man gleichzeitig höhere Qualität, weil man Gruppenaktivitäten machen kann, und es ist nicht nur die 1:1-Betreuung. Die Betreuung kann man flexibler gestalten.“

Es wurde angemerkt, dass diese Betreuungsart im Einzelfall gar nicht so günstig sein mag. Herr Michael Huber erklärte: Wenn Kinder dabei sind, die nur die Einzelbetreuung bräuchten, müsste auch Platz sein können. Hier haben die Einrichtungen auch Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn es nicht funktionieren würde, wäre das auch eine Erkenntnis.

Es wurde angefragt, warum mit zwei Trägern gearbeitet wird, und ob im Hinblick auf den Modellcharakter des Projektes externe Fördermöglichkeiten geprüft wurden. Herr Michael Huber informierte, dass es hier keine Fördermöglichkeiten gibt. Die beiden Träger haben jetzt schon die meisten Fälle und haben auch ein sehr ähnliches Konzept mit mehreren Fachkräften. Außerdem gibt es ein Wunsch- und Wahlrecht der Eltern. Bis jetzt finden ebenfalls bereits Kooperationen zwischen den Trägern statt. Das Projekt läuft probeweise zunächst mal für ein Jahr.

Herr Brilmayer sprach der Verwaltung ein Lob aus, dass durch Entwicklung neuer Konzepte, mit denen man es schafft, die Qualität beizubehalten oder vielleicht sogar zu verbessern, andererseits Ressourcen gespart werden.

Es wurde die Meinung vertreten, dass es sich bei diesem Projekt um eine andere Qualität handelt. Es wird hier Geld sinnvoll gespart. Es kann aber auch knapp werden. Wichtig ist, dass die Eltern mehr in Verantwortung genommen werden.

Es wurde angefragt, ob die Zahl von 40 Kindern eine Deckelung darstellt. Herr Michael Huber teilte mit, dass es sich um keine Deckelung handelt. In den letzten Jahren haben sich die

Fallzahlen zwischen 30 und 35 bewegt. Es wird angenommen, dass es über lange Zeit ausreichen wird.

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Das Kreisjugendamt installiert zum 01.01.2011 das auf 1 Jahr angelegte Modellprojekt der budgetierten Erziehungsbeistandschaften mit den freien Trägern Diakonisches Werk Rosenheim und der Jugendhilfeeinrichtung Schloss Zinneberg.

TOP 9 Familienpatenschaften

Herr Michael Huber trug vor: „Wir haben seit drei Jahren das auf drei Jahre angelegte Modellprojekt Familienpatenschaften, das Ende 2010 ausläuft. Es ist also jetzt höchste Zeit, darüber zu entscheiden, ob es weitergeführt bzw. ausgeweitet wird. Ich habe vor einem Jahr mit einer Powerpoint-Präsentation dargestellt, dass es bei dieser Umsteuerung in Grafing zu einer Einsparung von 55.000 € kam. Wir konnten das gut darstellen, wie sich das ergänzt hat und praktisch selbst auch damit getragen hat. Gleichzeitig wurden trotz Vollbesetzung nur 75 % der Mittel abgerufen. Es wird sehr viel Wert auf den Bedarf und darauf gelegt, dass die Ehrenamtlichen nicht überfordert werden und nicht in die Richtung gedrängt werden dürfen, professionelle Hilfen abzulösen. Ich selbst habe im Jugendamt schon zwei Qualifizierungsmodule durchgeführt. Das sind sehr engagierte Leute, die auch super vom Kinderschutzbund Grafing betreut werden. Dieser hat die Projektkoordinierung. Ursprünglich war es so, dass der Kinderschutzbund und das Bürgerzentrum Grafing die beiden Träger waren, wobei es sich immer mehr auf den Kinderschutzbund verlagert hat. Wir verfolgen nun das Ziel, die Familienpatenschaften auf den gesamten Landkreis auszudehnen. In drei Sozialräumen sollen Stützpunkte aufgebaut werden: Einer ist Grafing-Ebersberg-Kirchseeon. Der Kinderschutzbund wird räumlich von Grafing ins alte Gesundheitsamt Ebersberg umziehen. In diesem Stützpunkt sollen 20 Fälle betreut werden. Weitere Stützpunkte sind für Vaterstetten-Baldham-Zorneding mit 10 Fällen sowie für den nördlichen Landkreis mit 15 Fällen geplant. Das wären 45 Fälle für den ganzen Landkreis. Wir haben bewusst eine Obergrenze gezogen. Hier ist es gerade noch möglich, die Ehrenamtlichen durch eine Vollzeitkraft zu betreuen und die Qualifizierungen abliefern zu lassen. Dann könnten bis zu 55 Paten betreut werden. Die Gesamtkosten der Maßnahme werden sich auf ca. 150.000 € belaufen. Dies bedeutet eine Steigerung von gut 120.000 €. Wenn man die durch das Projekt in Grafing erzielten Einsparungen auf den Landkreis hochrechnet, könnten wir von einer Entlastung um 200.000 € ausgehen, und hätten dann unterm Strich eine Ersparnis von 80.000 €.“

Es wurde angemerkt, dass eine Ausdehnung absolut zu begrüßen ist, weil es sich wirklich um eine Erfolgsgeschichte handelt. Der Kinderschutzbund leistet hier hervorragende Arbeit. Gibt es beim Kinderschutzbund eine Kraft, die die Maßnahme koordiniert? Herr Michael Huber erklärte: Frau Darchinger ist derzeit mit sechs bis zehn Wochenstunden in diesem Bereich tätig und würde dann als Vollzeitkraft das Projekt komplett betreuen.

Es wurde angefragt, wo die zusätzlichen Mehrkosten herkommen. Herr Michael Huber teilte mit: Die Hälfte dieser 30.000 € war für die Qualifizierung und die Koordinierungsstelle der

Ehrenamtlichen, und die zweite Hälfte waren Aufwandsentschädigungen (pro Familie und Monat 100 € plus 25 € für Aktivitäten).

Es wurde die Meinung vertreten, dass hier eine Konzeption und ein Finanzierungsplan fehlen. Das Gesamtpaket sollte deshalb in der Julisitzung beschlossen werden, wenn ein Konzept und ein Finanzierungsplan vorliegen. Herr Brilmayer erklärte, dass das Projekt in der Julisitzung unter einem eigenen TOP detailliert vorgestellt werden soll. Dieses Vorgehen fand allgemeine Zustimmung.

Es wurde angefragt, wie man auf die 80.000 € Einsparung kommt. Frau Klostermann erläuterte: Ausgehend von der Einsparung aus Grafing, wo es bisher durchschnittlich 11 - 12 SPFH-Fälle mit Kosten je Fall von 1.000 - 1.500 € im Monat gab, hat sich die Fallzahl aufgrund des Projekts auf fünf Fälle reduziert. Das wird dann hochgerechnet und ist eine rein mathematische Berechnung.

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Erweiterung der Familienpatenschaften unter der Projektleitung des Kinderschutzbundes auf den gesamten Landkreis. Die Konzeption mit Finanzierungsplan wird in der Sitzung am 08.07.2010 vorgelegt.

TOP 10 Vollzeitpflege - neue Empfehlungen

Herr Michael Huber führte aus: „Der Ausschuss für Gesundheits- und Sozialfragen beim Bayerischen Landkreistag hat sich in seiner Sitzung vom 4. März 2010 mit den Änderungen der Empfehlungen zur Vollzeitpflege nach dem SGB VIII befasst. Die Änderungen waren notwendig geworden wegen der Erhöhung des Kindergeldes bzw. des Kinderfreibetrages im Steuerrecht Ende 2009. Der Bundesrat hatte am 18. Dezember 2009 dem vom Bundestag am 4. Dezember 2009 verabschiedeten Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) zugestimmt. Danach erhöhte sich das Kindergeld ab Januar 2010 für das erste und zweite Kind von 164 auf 184 € monatlich. Für das dritte Kind erhöhte sich das Kindergeld von 170 auf 190 €, für jedes weitere von 195 auf 215 €. Auch der Freibetrag für das sächliche Existenzminimum des Kindes wurde von 1.932 auf 2.184 € angehoben. Der Arbeitskreis Jugendhilfe des Landkreistages hatte sich in einem schriftlichen Umlaufverfahren Anfang des Jahres uneingeschränkt für eine Beibehaltung zur Berechnung der Pflegepauschalen nach den Empfehlungen ausgesprochen. Das Kreisjugendamt setzt diese Empfehlungen des Bayerischen Landkreistages zum 1. Juli 2010 um. Das belastet das Jugendhilfebudget um ca. 73.000 € Mehrkosten pro Jahr.“

Der Jugendhilfeausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Die Änderungen der Empfehlungen zur Vollzeitpflege nach dem SGB VIII des Ausschusses für Gesundheits- und Sozialfragen beim Bayerischen Landkreistag vom 4. März 2010 werden zum 1. Juli 2010 umgesetzt.

TOP 11 Orgauntersuchung im Kreisjugendamt

Frau Pondorf erläuterte: Die 32 Einzelmaßnahmen sind bekannt. Es gibt größere Punkte, die die Verwaltung nicht ganz allein umsetzen kann. Die Verwaltung hat zu diesem Zweck Vorschläge zur Begleitung durch Rödl & Partner eingeholt. Es wäre wünschenswert, dass die Verwaltung für die Erstellung des Controllingkonzepts einerseits und die Umsetzung der Maßnahmen 6 und 8 Unterstützung in Anspruch nehmen kann. Hierzu sind unterschiedliche Bedarfe an Beratertagen berechnet worden. Ein Beratertag kostet 1.636 €. Bei den Berechnungen handelt es sich um Schätzungen. Bei einer Begleitung der drei genannten Maßnahmen würden sich die Kosten auf ca. 30.000 € belaufen.

Es wurde angemerkt, dass der Jugendhilfeausschuss noch kein Votum abgegeben hat, dass diese 32 Maßnahmen verwirklicht werden sollen. Es gibt einige Maßnahmen - vor allem die Erziehungsberatungsstelle betreffend - wo Aussagen enthalten sind, mit denen kein Einverständnis besteht. Hier geht es speziell um die Maßnahmen 12 und 16. Frau Pondorf erklärte, dass die Anzahl der Vollzeitstellen auf fünf geändert wurde. Die korrigierte Fassung wurde der Verwaltung diese Woche übersandt. Sie könnte mit dem Protokoll zu dieser Sitzung versandt werden.

Es wurde erklärt, dass während der Erstellung des Gutachtens mit der Erziehungsberatungsstelle nicht gesprochen wurde.

Herr Brilmayer stellte fest: „Es besteht Bedarf, dass man über dieses Kompendium und Maßnahmenpaket in Ruhe diskutiert. Es wäre sinnvoll, wenn man sich nichtöffentlich zusammensetzt - vielleicht auch nicht der ganze Jugendhilfeausschuss. Die Interessierten kommen dann zum Gespräch zusammen und arbeiten das gemeinsam durch. Wer Zeit hat, kommt dazu. Wenn das durchgesprochen ist, kommt man wieder in die Jugendhilfeausschusssitzung. Deshalb plädiere ich dafür, dass Sie einen Termin suchen, und dann werden alle eingeladen. Natürlich sollen die Vertreter der Fraktionen auch dabei sein. Frau Pondorf ist dafür verantwortlich, dass das so läuft.“

Zu diesem Tagesordnungspunkt fasste der Jugendhilfeausschuss keinen Beschluss.

TOP 12 PeB - Personalbemessung in Bayern

Frau Schmitt führte aus: In einem Kooperationsprojekt des Bayerischen Landesjugendamts im ZBFS, des Bayerischen Landkreistags, der Stadt Nürnberg und des Instituts für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (INSO) unter Beteiligung der Kreisjugendämter Fürstentfeldbruck und Neumarkt i.d. Opf. wurde u.a. wegen der langjährigen kontroversen Diskussion um die Ausstattung der Jugendämter mit einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Fachkräfte ein Konzept entwickelt, mit dem für die wichtigsten fallbezogenen Leistungsbereiche der Jugendämter Standards und Zeitbedarf für Arbeitsprozesse ermittelt und in ein Verfahren zur Personalbedarfsbemessung zusammengeführt werden. Im Ergebnis ist ein Handbuch für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in Bayern entstanden, mit dem sie für den Bereich der Sozialen Dienste den Personalbedarf in Abhängigkeit definierter Standards berechnen können. Die zum Handbuch gehörende CD enthält tabellarische und grafische Übersichten und ein Rechentool. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband war gastweise an dem Projekt beteiligt und hat seine Erfahrungen aus der örtlichen Prü-

fungstätigkeit einfließen lassen. Das Handbuch wurde der Öffentlichkeit am 2. März 2010 im Rahmen eines Fachtags des Bayerischen Landesjugendamts vorgestellt. Das Kreisjugendamt Ebersberg möchte dieses Handbuch in zweifacher Hinsicht nutzen: Zum einen sollen die vorhandenen mit den dortigen Standards verglichen und dabei auch das in Maßnahme 15 des Organisationsgutachtens vorgeschlagene Handbuch BSA erarbeitet werden, zum anderen soll die Personalbemessung in den fallbezogenen Arbeitsbereichen nach dem erfolgten Vergleich und einer eventuellen Anpassung, wie in Maßnahme 1 des Organisationsgutachtens vorgeschlagen, im Kreisjugendamt durchgeführt werden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt fasste der Jugendhilfeausschuss keinen Beschluss.

TOP 13.1 Informationen und Bekanntgaben; Abkürzungsliste

Frau Pondorf informierte: In der letzten gemeinsamen Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses und des Jugendhilfeausschusses wurde gewünscht, dass die Verwaltung eine Abkürzungsliste erstellt. Diese wurde nun erstellt und wird mit der Niederschrift über diese Sitzung versandt werden.

TOP 13.2 Informationen und Bekanntgaben; Anpassung Förderrichtlinien Jugendsozialarbeit an Schulen

Frau Pondorf gab bekannt: Die Förderrichtlinien für die Jugendsozialarbeit an Schulen wurden an den TVöD angepasst.

TOP 13.3 Informationen und Bekanntgaben; Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

Frau Pondorf informierte: Die Schützenjugend SV Hubertus Poing wurde gemäß § 75 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

TOP 13.4 Informationen und Bekanntgaben; Ferienprogramm 2010 aufgelegt

Frau Pondorf gab bekannt: Das Ferienprogramm 2010 ist fertig. Es wurde in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Vaterstetten erstellt. Das erste P-Seminar hat sich an das Layout gemacht und hat das sehr kinder- und jugendfreundlich gestaltet.

TOP 13.5 Informationen und Bekanntgaben; Termin für nächste Jugendhilfeausschusssitzung

Frau Pondorf informierte: Die nächste Jugendhilfeausschusssitzung findet am 8. Juli 2010 statt.

TOP 13.6 Informationen und Bekanntgaben; Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus

Frau Lix gab bekannt: Beim Kreisjugendring Ebersberg ist nun die regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Oberbayern und Schwaben angesiedelt. Wer in diesem Bereich Informationen oder Unterstützung benötigt, kann sich an diese Beratungsstelle wenden.

TOP 14 Anfragen

Es wurde angefragt, wie es mit der Jugendhilfeplanung weitergeht. Frau Klostermann erklärte, dass sie krankheitsbedingt für ca. zwei Monate abwesend war und seit kurzem wieder im Dienst ist. Es geht weiter.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung
